№ 5192. Montag, 7. December. (Abend-Ausgabe.) 1868.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 ℛ︀ 15 Sgr. Auswärts 1 ℛ︀ 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Professor am Klerikal-Seminar in Hildesheim Dr. Hagemann, unter Belassung in diesem Amt, zum Provinzial-Schulrath zu ernennen; und dem Bezirks-Physikus Dr. Wolff in Berlin den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen. Der Provinzial-Schulrath Dr. Hagemann ist dem Provinzial-Schul-Collegium in Hannover zugetheilt; der praktische Arzt ꝛc. Dr. Kraus zu Altona zum Physikus daselbst ernannt worden.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 1½ Uhr Nachmittags.

Madrid, 7. Dec. Es sind Meldungen von heftigen Ruhestörungen aus Puerto Santa Maria und Cadix gemeldet. In Santa Maria richtete sich dieselbe gegen den Alkalden; es wurden Barrikaden gebaut; Truppen der Cadixer Garnison unterdrückten den Aufstand. In Cadix fand ebenfalls eine Revolte statt; die Truppen schlossen die Aufrührer im Rathhause und in den benachbarten Häusern ein. Sonst herrscht Ruhe.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Konstantinopel, 6. Dec. Die Pforte hat, von England, Oesterreich und Frankreich unterstützt, ein Ultimatum nach Athen gesandt, welches die Verhinderung der Werbung von Freiwilligen für Kreta, die Einstellung der Fahrten des Dampfers „Enosis", sowie die unbehinderte Einschiffung der kretensischen Emigrirten verlangt. Die Ablehnung des Ultimatums würde den unverweilten Abbruch der diplomati- Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland, die Ausweisung der griechischen Unterthanen und die Schließung der türkischen Häfen für griechische Schiffe nach sich ziehen. (W. T.)

Wien, 6. Dec. Dem „Telegraphen-Correspondenzbüreau" wird telegraphirt: Konstantinopel, 5. Dec., Abends. Es wird versichert, daß nachdrücklich geltend gemachte diplomatische Einflüsse in Athen, welchen Rußland nicht fremd sei, eine gütliche Lösung des schwebenden Conflicts in Aussicht stellen. (W. T.)

Bukarest, 6. Dec. [Das Ministerium] hat die Vorlage betreffend die Verlegung des Cassationshofes nach Jassy zurückgezogen. Die übrigen, von dem früheren Ministerium ausgearbeiteten Gesetzentwürfe werden von der Regierung vorbehaltlich weiterer Amendements aufrecht erhalten. — In der Deputirtenkammer wurden die Postconventionen mit Oesterreich und dem Norddeutschen Bunde, sowie ein von der Commission ausgearbeiteter Adreßentwurf zur Erwiederung der Thronrede vorgelegt. (W. T.)

Die Mühler'schen Gesetzentwürfe. II.

Auch die Vorlage I. ist eine neue. Sie betrifft „die Aufhebung der letzten Bestimmung des Art. 25 der Verfassung". Diese Bestimmung lautet bekanntlich: „In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt." Wenn die anderen, bereits von uns besprochenen Vorlagen, insbesondere wenn die Hauptvorlage, „betr. die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen" von der Art wären, daß man auch nur an die Möglichkeit einer Vereinbarung über sie denken könnte, dann ließe sich sehr wohl darüber discutiren, ob es besser ist, die in Rede stehende Verfassungsbestimmung beizubehalten oder sie aufzuheben. Wir würden dann für die Aufhebung ein nicht geringes Gewicht auf das Wort eines um die Organisation des schweizerischen Schulwesens in der hervorragendsten Weise verdienten Schulmannes legen, der uns auf unsere Anfrage neulich u. A. schrieb: „Es ist ehrenhaft und pflichtgemäß, daß die Familie für die Beschulung ihrer Kinder ein Opfer bringt." Aber Angesichts dieser Vorlage hätte es gar keinen practischen Zweck, eine so hochwichtige Frage zur Entscheidung zu bringen.

Der wichtigste der vier Gesetzentwürfe ist der zweite. Er betrifft nicht nur die Unterhaltung, sondern auch die Einrichtung der öffentlichen Volksschulen. Sein Inhalt unterscheidet sich in keinem wesentlichen Punkte von dem vorjährigen Entwurfe. Er ist, wie die „Motive" ausdrücklich erklären, „der Sache nach wesentlich derselbe geblieben." Aber „der Form nach", fügen sie hinzu, „ist er völlig umgearbeitet", und zwar darum, „weil die frühere Anordnung und Fassung... sich als ein Hinderniß des richtigen Verständnisses und vorurtheilsfreien Würdigung ... erwiesen hatte."

Auch in seiner diesjährigen Form muß der Entwurf in allen Stücken verworfen werden. Denn erstens wälzt er alle Lasten auf die „bürgerliche Gemeinde" und nimmt alle Rechte für die Regierungsbehörden in Anspruch, und zweitens sucht auch er dem System der ministeriellen Regulative noch gar die zwingende Macht des Gesetzes zu verleihen. Wir heben in beiden Beziehungen nur die wesentlichen Punkte hervor.

„Die bürgerlichen Gemeinden", so heißt es gleich im Artikel I, „sind verpflichtet, die Mittel zur Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen aufzubringen." Dann soll die Aufbringung (wo nicht besondere Verhältnisse obwalten) theils durch directe Communalsteuern, theils durch die (facultative) Erhebung eines Schulgeldes geschehen. Die Höhe des letzteren setzt aber die Regierung fest. Von der verfassungsmäßigen Beihilfe des Staates „im Falle des nachgewiesenen Vermögens" ist in dem Entwurfe nirgends die Rede.

Die bürgerliche Gemeinde hat mithin erstens die erforderlichen Lehrerbesoldungen zu bezahlen. Wie hoch dieselben mindestens sein sollen, setzt die Regierung fest. Doch darf sie (nebst freier Wohnung oder Miethsentschädigung) in den Städten unter 10,000 Einwohnern das Minimalgehalt nur zwischen 200 und 250, in größeren Städten nur zwischen 200 und 500 ℛ︀ feststellen; für „Rectoren an Bürgerschulen" dort zwischen 400 und 600, hier zwischen 400 und 1200 ℛ︀. Auf dem Lande sollen die Minimalgehalte zwar „durch Beschluß des Provinziallandtages festgestellt" werden, aber „vorbehaltlich der Bestätigung desselben durch die Staatsregierung." Bestätigt sie nicht, so übernimmt sie natürlich selbst die Feststellung. Dabei ist es nach wie vor die Regierung, die nach ihrem souveränen Ermessen die Lehrer theils anstellt und befördert, theils ihnen, wenn sie gewählt sind, die Bestätigung ertheilt oder auch verweigert. Die bürgerliche Gemeinde hat nur zu bezahlen.

Die Gemeinde hat zweitens für „die Einrichtung und Unterhaltung der nöthigen Gebäude" zu sorgen; aber ob Bauten nöthig sind oder wie und mit welchen Kosten gebaut werden soll, darüber entscheidet allein die Regierung. Der Entwurf sagt: „Die Ausführung der nöthigen Schulbauten kann jeder Zeit von den Verpflichteten gefordert und im Verwaltungswege bewirkt werden."

Die Gemeinde hat drittens die Kosten aufzubringen, welche etwa entstehen, wenn „im Interesse des öffentlichen Volksschulwesens Schulverbände neu zusammengesetzt oder getheilt werden müssen." Der vorjährige Entwurf fordert in solchen Fällen wenigstens noch die „Anhörung der Betheiligten", aber in dem diesjährigen ist auch von dieser nicht mehr die Rede. Die Regierung darf also nach ihrem alleinigen Ermessen die betreffenden Einrichtungen anordnen und die erwachsenden Kosten den Gemeinden auferlegen.

Die Gemeinde hat endlich viertens die Kosten für „die Befriedigung aller sonstigen Bedürfnisse der öffentlichen Volksschulen" zu tragen. Wer diese „sonstigen Bedürfnisse" feststellt, wird nirgends gesagt; natürlich ist es die Regierung allein.

Das sind selbstverständlich ganz unannehmbare Bestimmungen. Doch auch wir wissen, daß der obersten Staatsgewalt, an welcher ja auch das Volk selbst durch die von ihm erwählten Vertreter seinen Antheil hat, eine nicht bedeutungslose Einwirkung auf das Schulwesen gebührt. Aber sie hat diese Einwirkung zu üben durch die Gesetze, die sie beschließt und verkündigt, und deren Ausführung sie zu überwachen und, wo es nöthig ist, durch die Gerichte des Landes zu erzwingen hat. Aber die eigentliche Verwaltung gebührt nur da den Beamten der Staatsregierung, wo es sich um allgemeine Landesangelegenheiten handelt, für welche alle Staatsangehörige nach gleichem Maßstabe zu leisten und zu zahlen haben. Wo dagegen die Mitglieder einer bürgerlichen Gemeinde nur als solche, nicht als Staatsbürger, und nur für die Einrichtungen und Pflichterfüllungen ihrer besondern Gemeinde zu leisten und zu zahlen haben: da sind es nur die Organe dieser besondern Gemeinde, denen die Pflicht und mithin das Recht der Verwaltung obliegt, d. h. der Verwaltung nach den allgemeinen Gesetzen des Landes.

In Betreff der oben besprochenen Schulangelegenheiten mögen diese Gesetze allerdings bestimmen, welche Qualification die Lehrer nachzuweisen haben, welches Minimalgehalt ihnen zusteht, welche Größe und welche Beschaffenheit die Schulräume im Allgemeinen haben müssen, welche Schülerzahl in den einzelnen Klassen nicht überstiegen werden darf, unter welchen Verhältnissen allenfalls noch einklassige Schulen zu dulden sind. Aber die Wahl unter den qualificirten Lehrern und die Ausführung aller dieser gesetzlichen Bestimmungen, so wie dessen, was die Gemeinde noch über dieselben hinaus leisten will und kann, das ist ausschließlich Sache der Gemeinde selbst. Und wir verstehen hier unter Gemeinde nicht bloß die Stadt- und Orts-, sondern auch die Kreis- und Provinzialgemeinde; nur kann an dieser Stelle nicht die, auch zum Zweck der Selbstverwaltung des Schulwesens erforderliche, Organisation dieser communalen Körperschaften erörtert werden. (Schluß folgt.)

Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. Decbr.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Verhandlungen mit einem warmen Nachruf an den in seinem 69. Lebensjahre verstorbenen Abg. Präsidenten Dr. Lette, der vom Jahre 1844 ab als Mitglied des Staatsraths und seit 1848 als Mitglied der gesetzgebenden Versammlungen einen hervorragenden Einfluß auf die Gesetzgebung des Vaterlandes ausgeübt und an allen humanen Bestrebungen den regsten Antheil genommen. Noch während seiner Krankheit hat er eine Broschüre über die Reform der Kreis- und Gemeindeordnung herausgegeben. — Bei der darauf folgenden Berathung des Etats des Ministeriums des Innern zieht der Minister zunächst eine in Antrag gebrachte Erhöhung einer Rathsstelle zurück, da das Haus für dieses Jahr Alles absetze, was nicht unbedingt nothwendig ist. — Für die Stelle eines besonderen Rathes für Gefängniß- und Armenwesen werden 3000 ℛ︀ bewilligt. — Zu Tit. 5—7 (Statistisches Bureau) stellt der Abg. Schmidt mehrere Anträge, zieht dieselben jedoch nach der Auskunft des Reg.-Commissars und des Abg. Engel zurück. Ersterer theilt mit, daß von den schnell zusammengestellten Ergebnissen der Statistik 200 Exemplare den beiden Häusern

LC. Wilhelm Adolph Lette †.

Das Preußische Volk und ganz besonders die Stadt Berlin hat einen großen Verlust erlitten. Ein Mann von warmem Herzen und klarem Kopf, der mit großen persönlichen Opfern sich dem öffentlichen Leben widmete und dabei die großen Gaben, die ihm verliehen waren, wie die ausgebreiteten Kenntnisse, und die reichen Erfahrungen, die er gesammelt, mit unermüdlicher Thätigkeit dem Gemeinwohl widmete, Wilhelm Adolph Lette ist uns im 70. Lebensjahre durch den Tod entrissen. Das Preußische Volk und besonders die liberale Partei verliert an ihm einen treuen und eifrigen Vertreter im Abgeordnetenhause und Reichstage. Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen, der ständige Ausschuß des volkswirthschaftlichen Congresses, der Verein für die Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts verlieren an ihm ihren Präsidenten, viele andere wohlthätige Vereine eins ihrer thätigsten Mitglieder und der Staat einen ausgezeichneten Beamten, der fast fünfzig Jahre ihm mit unübertrefflicher Hingebung und darunter 23 Jahre in einer der wichtigsten Stellungen als Präsident des Revisionscollegiums für Landesculturſachen gedient hat. Schon diese äußere Aufzählung gewährt einen Einblick in die umfassende Wirksamkeit, welche dieser ausgezeichnete Mann sich geschaffen. Aber nur Diejenigen, welche das Glück gehabt haben, ihm näher zu stehen und an seinen Arbeiten Theil zu nehmen, können sich eine Vorstellung von seinem Fleiß machen, mit dem er in jedem dieser verschiedenen Kreise gearbeitet hat. Arbeit war sein ganzes Leben, ja Ueberarbeit ist die Ursache der letzten Krankheit gewesen, die den zart, aber kräftig gebauten Mann dahin gerafft hat, der durch ein äußerst mäßiges und geordnetes Leben sich bis spät in das Greisenalter hinein eine vortreffliche Gesundheit und eine bewundernswerthe Arbeitskraft erhalten hatte. Trotz dieser Vielseitigkeit der Aufgaben, die Lette sich gestellt hatte, fand doch eine Zersplitterung seiner Kräfte dabei nicht statt, denn er verfolgte überall in den entschiedensten Formen doch immer nur die eine Aufgabe: durch eine bessere Gesetzgebung Reformen unseres wirthschaftlichen und socialen Lebens herbeizuführen durch die Bildung der arbeitenden Klassen, durch die Entfernung der Hindernisse, welche der menschlichen Thätigkeit Fesseln anlegen und durch Verbreitung geistiger Bildung in allen Klassen die Hebung des ganzen Volks zu Bildung und Wohlstand zu bewirken. Diese Aufgabe hat er versucht mit unermüdlichem Eifer zu lösen, als preußischer Beamter, wie als Parlamentsmitglied, im volkswirthschaftlichen Congresse, wie im Handwerkerverein, in dem Verein für Fröbelsche Kindergärten wie in dem Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts und wo er sonst noch thätig gewesen ist. Die Aufgabe, die er sich gestellt für sein Leben, hatte er bei seinem Eintritt in den Staatsdienst vorgezeichnet gefunden, wie er seinen Freunden in vertraulicher Weise häufig auseinandersetzte, in dem Preußischen Landesculturgesetz vom Jahre 1811 und dessen Motiven, in welchem die großen reformatorischen Ideen der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung am klarsten und, wie Lette selbst es auszudrücken beliebte, am Naivsten zum Ausdrucke gekommen sind. In seinem amtlichen, wie in seinem parlamentarischen Leben ist denn auch Lette immer der Vertreter der großen Reformideen gewesen, denen der preußische Staat seine Wiedergeburt nach der großen Niederlage verdankt. Auf seinen besonderen Wunsch wurde er, nachdem er die ersten Stufen der Beamtenleiter erstiegen, bei dem Departement für Landesculturſachen beschäftigt und war schon 1845 Chef dieser Abtheilung im Ministerium des Innern. Schon vor 1848 stand er also an der Spitze dieses wichtigen Zweiges und wenn wir entweder im alten naiven Absolutismus geblieben wären oder eine regelmäßige constitutionelle Entwickelung bekommen hätten, in beiden Fällen würde Lette bei seinem schon unter dem alten Absolutismus anerkannten großen Verwaltungstalente, zu der später noch die besondere Begabung in parlamentarischen Dingen kam, eine Stellung als Staatsmann mit einer großen organisatorischen Thätigkeit gefunden haben. Durch die Contre-Revolution wurden wir aber 1849 auf eine Bahn der Reaction geschleudert, welche einen so humanen Mann wie Lette nicht allein nicht gebrauchen konnte, sondern den sie sogar ihrem innersten Wesen nach mit bitterster Feindschaft verfolgen mußte. Alle Mittel wurden in Bewegung gesetzt, den pflichttreuen Mann aus dem Amte zu entfernen, aber vergebens. Mit unermüdlicher Ausdauer und unendlicher Geduld ertrug er jede Zurücksetzung und alle Kränkungen, die ihm dabei zu Theil wurden. Noch in der Conflictszeit mußte er erleben, daß ihm der Minister des Innern Graf Eulenburg den Urlaub zum Besuche des volkswirthschaftlichen Congresses verweigerte. Von seinem politischen Standpunkte hat er die Ereignisse von 1866 jubelnd begrüßt und fast sicherer wie irgend ein Anderer darauf gerechnet, daß die Macht der Dinge, wenn nicht der Verstand der Menschen, uns auf den Weg der Reformen führen werde, dem er sein ganzes Leben zu weihen versucht hatte. Besonders lag ihm als wichtigste Reform die Kreis- und Gemeindeordnung am Herzen, über welche er von seinem Krankenlager noch mehrere höchst werthvolle Arbeiten veröffentlicht hat.

Sein Andenken wird Allen, welchen wahres Volkswohl am Herzen liegt, unvergeßlich sein.

3. Vorlesung.

Mit seinem dritten Vortrage beendete Hr. Dr. Prutz die Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen. Er berührte das Wirken Steins und Arndts, wies an der kläglichen Geschichte des deutschen Bundes die Vergeblichkeit aller Einheitsbestrebungen auf dem Wege freier Vereinbarung der einzelnen Souveräne nach und kam dann auf die neuesten Ereignisse, die als Bestätigung der viel angefeindeten Eisen- und Bluttheorie dienen können, denn durch sie wurde zuerst ein engeres einheitliches Deutschland wirklich geschaffen, ein weiteres, ganzes vorbereitet. Die einzige nicht durch Waffengewalt vollzogene, wirkliche Einheitsthat ist die Gründung des Zollvereins. — Soweit folgen wir dem Redner mit anerkennendem Danke für seine fleißige Arbeit. Wenn wir uns schließlich das Wort erbitten, um unsere eigene Meinung kurz auszusprechen, so soll darin nicht etwa ein Gegensatz zu dem Gedankengang der Vorträge liegen. Thatsächlich ist zwar wohl Manches geschehen, um Deutschland dem Einheitsstaat zuzuführen, es läßt sich aber wohl mit Recht bezweifeln, daß es jemals in der bewußten Absicht geschah, ein nationales

zur Verfügung gestellt sind. Sie allen Mitgliedern des Hauses zugänglich zu machen, wäre zu theuer geworden. Die Reorganisation der statistischen Central-Commission und die Errichtung statistischer Vereine sei im Gange und hoffentlich bis zum nächsten Jahre fertig. An dem Cursus im statistischen Seminar hätten seit 1861 durchschnittlich 10 Mitglieder theilgenommen (u. A. Assessoren, Privatgelehrte, 1 Arzt, 1 Bauführer ꝛc.). Das Gebäude für das statistische Bureau werde im nächsten Jahr wohl ganz fertig sein: Abg. Eberty wünscht nicht, daß den Landräthen die Last der statistischen Aufstellungen abgenommen würde; er gönne sie ihnen. (Heiterkeit.) Abg. Becker hebt hervor, daß die Statistik nur durch ihre Verbreitung fruchtbar werde. Die Unwissenheit über unsern Staatshaushalt sei darum so erschreckend groß, weil der Etat nebst Anlagen dem Publikum durch den Buchhandel nicht zugänglich gemacht werde. — Bei Tit. 10 und 12, der genehmigt wird, beschwert sich, nachdem der Regierungs-Commissar v. Wolff eine allmälige Gehalts-Erhöhung für die Kreis-Translateure in der Provinz Posen zugesagt, der Abgeordnete v. Saucken-Georgenfelde über das Verfahren bei Einsetzuug von Landräthen. Die Wahl sei zu einer Faxe geworden, die Einsetzung geschehe nach reiner Willkür, um der Regierung gehorsame Kreaturen in die Stellen zu setzen. Minister Graf Eulenburg erwidert darauf, daß der König das Ernennungsrecht habe und daß er über die Art und Weise, wie der König sein Recht ausübe, keine Veranlassung habe in Discussion zu treten. Abg. v. Saucken erwidert, daß das Ernennungsrecht durch die Präsentation der 3 Kandidaten beschränkt sei. Der Minister mache die Vorschläge und sei verantwortlich. Ein constitutioneller Minister deckt den König, aber läßt sich nicht durch den König decken. (Beifall links.) Der Minister bleibt bei seiner Ansicht, daß der König das absolute Ernennungsrecht besitze und daß vom Könige vollzogene Ernennungen in diesem Hause einer Kritik nicht unterworfen werden dürfen. (Beifall rechts.)

Abgg. v. Kardorff und Parrisius klagen über die Ungerechtigkeit, mit der man dem einen Landrath die Abhaltung des vorgeschriebenen, übrigens sehr leichten Examens auferlege, dem andern erlasse. Das mache im Lande einen sehr schlechten Eindruck. Es sei unter solchen Umständen besser, es ganz fallen zu lassen. Minister Graf Eulenburg erklärt, daß der Erlaß des Examens — ein Beweis besonderen Vertrauens — nur in wenigen Fällen vorgekommen und meist nur bei solchen Landräthen, die ein Mandat zum Abgeordnetenhause hatten. — Abg. zur Megede wünscht bei der Vertheilung der Gehaltszulagen für die Landräthe (im vor. Jahr waren es 20,000 Thlr.) das Prinzip der Anciennität gelten zu lassen. Jeder Mensch habe Schwächen (Heiterkeit) und es liege ihm (Redner) daran, den Hrn. Minister vor jedem Schein der Parteilichkeit zu bewahren. (Heiterkeit.) Minister Graf Eulenburg dankt dem Redner für seine Freundlichkeit, dieselbe sei aber überflüssig, da er sich selbst davor bewahrt habe. Es sind zuerst die Gehälter der Landräthe in Städten über 10,000 Thlr. aufgebessert, der Rest wurde nach der Anciennität vertheilt. — Tit. 12. Regierungen (Landdrosteien) in Hannover verlangt die Regierung 93,225 Thlr. für 3 Regierungen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg. (Im vor. Jahre wurden bekanntlich 118,750 Thlr. für 6 provisorische Landdrosteien bewilligt, die also in Zukunft definitiv in 3 Regierungen nach dem Vorschlage des Ministeriums verwandelt werden. sollen. Die Commissarien des Hauses v. Bennigsen, Graf Witzingerode, Duncker, Liebelt, Lasker beantragen 60,825 ℛℳ (statt 93,225 ℛℳ wie die Regierung will) und zwar für die Einrichtung einer Regierung in Hannover als Definitivum. Abg. Lauenstein stellt einen Antrag, der die Regierungsvorlage im Wesentlichen nur in der Fassung ändert. Die Abg. v. Bockum-Dolffs und Virchow beantragen die Bewilligung eines Pauschquantums zur Fortdauer des gegenwärtigen Provisoriums. Die Abgg. Glaser und Groschke beantragen für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorschläge 118,750 ℛℳ definitiv für 6 Landdrosteien. Abg. Graf Westarp: Die Einführung einer Regierung werde nur die Bureaukratie vermehren. Eine solche Einrichtung sei weder preußisch, noch hannöverisch. Er (Redner) traue der Regierung mehr fachmännische Kenntniß zu, als er besitze, um so lieber stimme er für den Regierungsantrag. Abg. Graf Wintzingerode ist für eine Regierung. Eventuell halte er das Provisorium des Virchow'schen Antrages besser als den Regierungsantrag. Abg. Lauenstein erklärt sich im Namen der Majorität der Hannoverschen Bevölkerung gegen die Einsetzung einer Regierung. Eine Regierung für 2 Millionen, unter der allein 101 Aemter und 43 Magistrate ständen, verlange so viel Beamte, daß von collegialischer Beschlußfassung nicht die Rede sei. Es sei dies ein gewagtes, idealistisches Experiment. Auf die unsichere Hoffnung hin, daß den Regierungen die Entscheidungen über die rein communalen Angelegenheiten ganz abgenommen würden, könne man nicht in dieser Weise vorgehen. An Kosten werde man nicht viel sparen, eine große Regierung werde nicht viel weniger kosten, als drei kleinere. Die Einrichtung einer Regierung gefährde auch die Aemter-Verfassung und die Stellung der freien Städte. Noch nachtheiliger sei das Provisorium, welches ein Hinderniß der Verschmelzung bilde und in der welfischen Partei den Glauben an die Unfertigkeit des Staates erwecke. Dem Versuche alle Landdrosteien in eine Regierung zu verwandeln, stehe schon die Rivalität der einzelnen hann. Landestheile im Wege; Ostfriesland wolle nicht unter Osnabrück stehen, sondern lieber zu Westphalen geschlagen werden; die Anträge der hann. Abg. wären wesentlich der Ausdruck dieser Rivalität. (Präsident: Es steht dem Redner nicht zu, Mitgliedern Motive unterzulegen, die sie selbst nicht aussprechen.) Hüte man sich, schließt Redner, die Provinz zu einem Versuchsfelde für idealistische Projecte zu machen und ihr das zu nehmen, was ihr das Theuerste ist: ihre Aemter-Verfassung und die unabhängige Stellung der Städte! (Lebh. Beifall rechts.)

Minister Graf Eulenburg: Er eigne sich Alles an, was der Vorredner gesagt habe, mit Ausnahme der Stelle, wo er zur Ordnung gerufen wurde (Heiterkeit). Derselbe habe die Vorschläge der Regierung brillant motivirt. Im vor. Jahr schlug die Regierung vor, die 6 Landdrosteien definitiv fortbestehen zu lassen, das Abgeordnetenhaus ging darauf nicht ein. Die Regierung zog darauf die 6 Landdrosteibezirke zu 3 zusammen, was sie ohne Gesetz thun konnte. Dieselben sollen künftig lediglich Regiminalbehörden sein, ohne das Forst- und Domainenwesen. Diesen Vorgang könne man auch für die alten Provinzen ausnutzen. Der Provinziallandtag in Hannover erklärte sich für die alte Einrichtung der 6 Landdrosteien, während die hannoverschen Abgeordneten hier nur eine Regierung wollen, worauf die Regierung unter keinen Umständen eingehen kann. Denn sie hält diese Einrichtnng für vollständig unvereinbar mit der bestehenden Aemterverfassung. Die die Aemter beaufsichtigenden Instanzen müssen demselben näher liegen, als dies die eine Regierung könnte. Man müßte also entweder neue Mittelinstanzen zwischen dieser Regierung und den Aemtern schaffen oder es müßten noch mehr Befugnisse von der Regieruug auf die Aemter abgebürdet werden, dann hätte man aber statt 1 Regierung 101. Man möge entweder den Regierungsantrag annehmen oder wenigstens 6 Landdrosteien definitiv bewilligen. Wenn das Haus nur für eine Regierung das Geld bewillige, so zwinge es der Regierung durch das Budget eine Organisation auf. In welche Lage bringen Sie die Verwaltung einer Provinz, wenn Sie Beschlüsse fassen, von denen die Regierung von vornherein sagt: Ich gehe nicht darauf ein aus Zweckmäßigkeitsgründen und ich bin verfassungsmäßig nicht verpflichtet, darauf einzugehen." Man scheut in Hause das Wort „Conflict", weil sich so traurige Gefühle daran knüpfen; es giebt größere und kleinere Conflicte; aber das hier wird ein Conflict und ich glaube, man thut besser, den Conflict zu vermeiden.

Nach einer Pause von 4 Stunden wird die Verhandlung in der Abendsitzung wieder aufgenommen. Abg. v. Bockum-Dolffs vertheidigt seinen Antrag auf provisorische Bewilligung und beruft sich dabei auf das lange Provisorium, welches in Westphalen nach der Zurückeroberung bestanden und nicht schädlich gewesen. Abg. Grumbrecht kann den Ansichten seines Freundes Bennigsen, der eine Regierung wolle, nicht beitreten. Selbstverwaltung könne nur in kleineren Kreisen ausgeführt werden. Will man bei den oberen Behörden Selbstverwaltung einführen, so muß man die Verwaltungskreise nicht zu groß und die Verwaltungscollegien nicht zu zahlreich machen. Von den 9 Regierungsräthen, die in dem Verbesserungsantrage erwähnt sind, mag ich gar nichts hören; bewilligen Sie, dieselben, so fordert die Regierung im nächsten Jahre 9 weitere Räthe (Widerspruch). Ich persönlich habe kein Interesse daran, wohin die Regierung kommt, ich wünschte nur, daß sie soweit wie möglich von Harburg wegkomme (anhaltende Heiterkeit) ¾ der Hannoveraner sind für Beibehaltung der alten 6 Landdrosteien, die größern Collegien werden immer weit weniger Selbstständigkeit entwickeln. Vor Allem aber sei ein Definitivum wünschenswerth. (Bravo.) Abg. Waldeck wundert sich über die eigenthümlichen Begriffe von Selbstverwaltung, die hier entwickelt würden. Man scheine es Selbstverwaltung zu nennen, wenn die Amtmänner und Staatsbeamten in Hannover ihre Bezirke selbst verwalteten. (Heiterkeit.) Wir dagegen verstehen darunter die Unabhängigkeit gewisser Kreise von der Regierung. Die Regierung des Ministers v. Bories war auch eine Selbstverwaltung, aber eine solche, unter der das ganze Land geseufzt. Die in Hannover neu getroffenen Einrichtungen seien ganz feudaler Natur. Das Zweckmäßigste ist die Landdrosteien einstweilen provisorisch fortbestehen zu lassen. Schließlich erklärt sich Redner gegen das ungetheilte Fortbestehen der Provinz, Ostfriesland müsse zu Westfalen geschlagen werden, zu dem es von Natur gehöre. Dann werde sich auch bald eine richtige Verwaltungsorganisation finden. Minister Graf Eulenburg kann sich mit vielen Ausführungen des Vorredners einverstanden erklären: aber entschieden sei er gegen jedes Provisorium, welches eine vollständige Lähmung der Verwaltungsmaschinen herbeiführe. Abg. Windthorst (Meppen) ist gegen Erledigung solcher Fragen beim Budget und plaidirt für die bisherigen bewährten Landdrosteien, für Ausdehnung der Befugnisse der lokalen Verwaltungsbehörden und Einschränkung der ministeriellen Gewalt in dieser Beziehung. Der Gedanke mit der einen Regierung sei nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, aber es sei jetzt nicht darüber zu sprechen, da der Minister entschieden dagegen sei. Er wolle nicht eine definitive Bewilligung, auch nicht eine provisorische, sondern nur eine etatsmäßige. Abg. v. Bennigsen wünscht, daß man, um die Hannoveraner zu gewinnen, gut thun werde, ferner nicht so schwarze Schilderungen von den dortigen feudalen Einrichtungen ꝛc. zu machen, wie der Abg. Waldeck. Der Hr. Minister habe seine Ansicht in Bezug auf Hannover wiederholt geändert: er wünsche, daß er es auch hier thue. Redner empfiehlt sehr ausführlich die Errichtung einer Regierung. Minister Graf Eulenburg bekämpft diese Ansicht und stützt sich auf das Urtheil gereifter hann. Verwaltungsbeamter, die in diesem Fache Erfahrung haben. Wenn die hann. Abgeordneten — sagt der Minister — etwas von der Regierung wollen, dann versprechen sie der Regierung Alles, wenn die Regierung etwas von ihnen will, dann sagen sie: Gott bewahre! Sie machen das auch so mit den Parteien im Hause, gehen heut mit den Conservativen, morgen mit den Liberalen, so daß man sich fragt, sind die Herren conservativ oder liberal oder sind sie Hannoveraner? (Heiterkeit.) Wenn mir nun aber der Vorwurf gemacht wird, ich sei energielos, so ist mir das unverständlich, den Herren aus Hannover gegenüber werde ich gerade so bleiben wie ich war. (Lebhaftes Bravo rechts.) Bei der (namentlichen) Abstimmung wird der Regierungsantrag mit 169 gegen 166 Stimmen abgelehnt, und der Antrag Glaser-Groschke (definitive Bewilligung von 118,000 ℛℳ für 6 Landdrosteien mit 173 gegen 151 Stimmen angenommen. Um Mitternacht wird darauf die Sitzung geschlossen.

[Aus der Rede des Abg. v. Diest über die Verwaltungsbehörden] theilen wir Folgendes ausführlicher mit: „Ich kenne den Geschäftsgang der Regierungen aus eigener, langer Erfahrung. Denken Sie sich die Räthe, die in den einzelnen Fächern dekretiren, diese Räthe kennen das practische Leben gar nicht (sehr richtig! Bewegung rechts), auch wenn sie vollkommen Zeit hätten, es kennen zu lernen, was ich annehmen muß. (Heiterkeit.) Ich könnte Ihnen Beispiele anführen, obschon ich durchaus nicht irgend eine Persönlichkeit angreifen will. Die Verwaltung ist so organisirt, daß der Schwerpunkt der Arbeit in den Subaltern-Beamten liegt. (Sehr richtig:) Es ist eine Thatsache, daß die Subalternbeamten die laufenden Geschäfte erledigen, und daß der Regierungsrath auf eine Stunde zur Regierung geht, die Sachen durchsieht und seinen Namen darunter setzt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man das erwägt, daß wir auf diese Weise regiert werden von subalternen Beamten, so ist das entschieden vom Uebel. Es würde mir vielleicht vergönnt sein, einzelne Beispiele anzuführen, doch ich will mit Discretion verfahren und nur einen Fall aus dem Baufach angeben. Es brannte in einer kleinen Stadt ein großer Complex von Häusern ab; dadurch wurde herbeigeführt, daß ein benachbartes Gut mit abbrannte. Es existirt eine Verordnung, daß sofort ein Commissar der Regierung sich an Ort und Stelle zu begeben hat, um die neuen Bauplane zu prüfen und dann der Regierung vorzulegen. Bei dem vorliegenden Falle trug es sich zu, daß mehrere der Betheiligten dem Magistrat angehörten, und eine Einigkeit um so weniger herbeigeführt werden konnte. Es wurden wiederholt Anschläge eingereicht, aber ein Commissar wurde von der Regierung nicht geschickt. Es verging darüber ein Jahr und die Leute konnten nach Ablauf des Sommers die Früchte nicht unterbringun, da sie keine Scheunen hatten; sie hatten ja für ihren Bauplan keine Genehmigung. Der Gutsbesitzer hatte inzwischen siebenzehn Bauplätze angekauft. Nachdem noch mehrmals, aber vergeblich, die Regierung um Absendung eines Commissars ersucht worden war, da sagte der Bürgermeister: „Bauen müssen wir; inhibiren werde ich nicht!" Und die Leute bebauten selbst die angekauften Plätze, natürlich ohne einen genehmigten Plan zu besitzen. Es wurde also ohne Weiteres eine Expropriation vorgenommen. Der betr. Gutsbesitzer ersuchte die Regierung persönlich um Remedur, mit dem Bemerken, daß die Sache schon über ein Jahr dauere. Darauf wurden die Acten hervorgeholt und gesagt: Ja, Hr. v. Diest, das muß ich Ihnen zugeben, das ist zu stark!" (Allg. andauernde Heiterkeit) — Ich vertrete die Wahrheit ohne Uebertreibung, ich habe es selbst erfahren —, „das ist so, daß ich die wenigen Haare, die ich noch habe, mir selbst ausreißen möchte." Ich sagte, daß den Leuten Hilfe geschafft werden müsse. Es wurde mir dann die Antwort ertheilt: „Dann reißen Sie doch die Gebäude nieder." — „Ich kann mir doch aber nicht selbst Hilfe zu schaffen suchen! Bitte, schicken Sie doch einen Commissar." — Und so steht die Sache noch heute. (Heiterkeit.) So könnte ich Ihnen noch viele Fälle anführen. Es werden oft auf die größten Kleinigkeiten Unsummen von Schreibereien verwandt. Das Schlimmste dabei ist, daß ein Regierungs-Collegium Niemandem verantwortlich ist. Man kann nicht sagen, an der oder jener Persönlichkeit liegt es. (Zustimmung.)

△* **Berlin**, 7. Dec. [Aus dem Abgeordnetenhause. Graf Eulenburg. Der österreichische Kriegsminister.] Wie Sie schon wissen, haben die Nationalliberalen sich gegen eine Adresse oder gegen jeden ähnlichen Schritt in Angelegenheiten Leonhardt's erklärt. Dagegen wird voraussichtlich die nationallib. Partei bei der Schlußberathung des Etats gegen das Extraordinarium stimmen, nachdem der Minister v. d. Heydt neulich erklärt hat, daß er eine abgesetzte Position als Etatsüberschreitung gezählt habe und der Minister Leonhardt erklärt hat, daß er ev. dasselbe thun würde. Was den Entwurf für die neue Kreisordnung betrifft, so ist schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen, daß derselbe nur den Ansprüchen der äußersten Rechten entsprechen wird. Weder die Altliberalen noch die Freiconservativen werden den Bestimmungen über die Zusammensetzung der Kreistage beitreten, wie sie der neue Entwurf vorschlägt. Sehr aufgefallen ist übrigens in Abgeordnetenkreisen die Rede, welche der conservative Abg. Reg.-Präsident v. Diest über die gegenwärtigen Verwaltungsorganisationen gehalten hat. (Vergl. die heutige Nummer hinten am Schluß des Kammerberichts.) Ein officiöser Correspondent der „Hamb. Nachr.", welcher constatirt, daß Hr. v. Diest sich in dieser wichtigen Frage in so bestimmtem Gegensatz zu seinem Chef stellte, meint, daß durch solche Thatsachen die Gerüchte, welche die Stellung des Ministers als erschüttert darstellen, nur neue Nahrung erhalten können. Wir glauben gleichwohl noch an keine Veränderung. — Die kriegerische Rede des österreichischen Kriegsministers in der Delegation wird hier allgemein als ein Säbelgerassel betrachtet, welches lediglich den Zweck hatte, etwaige Abstriche, welche die Deputirten an dem Militäretat machen wollten, zu verhindern.

— [Graf Bismarck] conferirte, bevor er im Abgeordnetenhause erschien, wohl eine halbe Stunde lang mit dem Präsidenten v. Forckenbeck. Das Aussehen des Grafen zeugt nicht von körperlichen Leiden, er sprach mit dem Abgeordneten Lasker und andern Mitgliedern des Hauses und entfernte sich nach kurzem Verweilen.

— [Zum System Mühler.] In nächster Woche beginnt wieder eine Kirchen- und Schulvisitation, diesmal in der St. Petri-Parochie. Dieselbe wird vom Sonntag den 6. d. M. an bis zum darauf folgenden Freitag unter Zuziehung wiederum des Propstes Koellner und Betheiligung der Parochialgeistlichen durch den General-Superintendent Dr. Hoffmann und den Consistorialrath Kühlenthal abgehalten werden. Während bei dem ersten solchen Versuche, der vor etlichen Wochen in der Louisenparochie stattfand, die höheren Lehranstalten übergangen wurden, soll diesmal, wie die „Zuk." meldet, das Kölnische Gymnasium mit besucht und auch eine gemeinsame Ansprache an die Schüler gehalten werden.

— [Gerücht.] An der Börse war das Gerücht verbreitet, daß der Ministerpräsident Graf Bismarck an sein Verbleiben im Kabinet die Demission von einigen hohen Persönlichkeiten knüpfe. (Wohl eine starke Fabel.) (B. M. Z.)

* [Herr Gödsche und die Journalisten.] Die Volkszeitung erwähnte kürzlich bei Taddels Tode dessen Thätigkeit im Proceß Waldeck und dabei auch die Thaten des

---

Reich zu gründen. Weder Friedrich dem Rothbart noch dem österreichischen Ferdinand, weder dem großen Kurfürst noch selbst dem alten Fritz hat die Schöpfung eines Nationalstaates als Zweck und Ziel vorgeschwebt, sie alle wollten ihre Hausmacht erweitern und daß dies Streben bei den Preußischen Monarchen mit den Interessen Deutschlands zusammenfiel, bestimmte diesen Staat zunächst zur deutschen Vormacht, schließlich zum Bildner des deutschen Einheitsstaats. Deutschland hätte einig werden können, wahrscheinlich auch nur durch Eisen und Blut, wenn unsere Ottonen und Staufen sich mit dem heimischen Besitz begnügt, ihn ausgebaut und befestigt hätten, statt nach Italien zu ziehen und daheim unterdessen Vasallen und Städte groß und mächtig werden zu lassen. Verloren wir darüber die politische Einheit, so gewannen wir dabei an Cultur und municipaler Selbstständigkeit. Vielleicht wäre es auch später noch gegangen, hätten wir einen Ludwig XI. und als Vollender Richelieu, einen Rosenkrieg und Heinrich VIII., wie Frankreich und England gehabt; Karl V. hätte vielleicht unser Ludwig XI. werden können wenn er groß genug zu dem Entschluß gewesen wäre, sich auf Luthers Seite gegen Rom zu stellen, seine spanische Herrschaft aufzugeben. Selbst die Städtebünde, die Hansa ꝛc., die materielle Basis hatten, sind kaum nationale Bestrebungen zu nennen, doch hat stets das Volk noch mehr für sein Deutschland gethan, als die Fürsten. Erst von 1815 ab läßt sich eigentlich eine deutsche Einheitsbewegung datiren, der Zollverein ist ihre größte, ihre einzige That. Unsere Nationalfahne entlehnten wir den Zeichen der Burschenschafter; von dem ersten Demagogen bis zum letzten Nationalvereinler betrachtete selbst die Regierung, die schließlich diese Einheitsbewegung auf ihre Fahne schrieb, ehe sie von Sieg zu Sieg eilte, jeden Anhänger und Förderer des einigen Deutschlands als einen verfolgbaren Gegner, aber Preußen mußte für Deutschland arbeiten, indem es für seine Existenz eintrat und diesem Umstande allein verdanken wir die deutsche Einheit.

bekannten Zeugen Gödsche. Dieser, dadurch beleidigt, fiel den kaum von einer Krankheit genesenen Redacteur H. Steinitz auf offener Straße an und prügelte ihn durch. Dieser Vorfall gelangte im Verein der Berliner Presse zur Besprechung und beschloß derselbe, obgleich niemals irgend eine Gemeinsamkeit der Berliner Journalistik mit dem Angreifer bestanden habe, dennoch an die Präsidien beider Häuser das Ersuchen zu stellen, daß dem Herrn Gödsche die Erlaubniß zum Besuch der Journalistentribüne entzogen werde, um der Gesellschaft dieses Herrn an der einzigen öffentlichen Stelle, welche den Schein einer collectiven Vertretung des Journalistenstandes an sich trägt, zu entgehen. Von den größeren Zeitungen haben nur die Redactionen der „Nordd. Allg." und der „Post" die Petition nicht unterzeichnet.

— Auf die 20 Mill Rt. 4½ %iger Preuß. Eisenbahnanleihe sind nur 17,805,325 Rt. gezeichnet. Das Resultat der Subscription ist, wie die „B. B. Z." meldet, wesentlich durch den Umstand beeinflußt worden, daß mehrere große Häuser gestern bereits von den über die Türkisch-Griechischen Zerwürfnisse hierher gelangten Nachrichten unterrichtet waren und nicht unbedeutende Beträge ihrer Zeichnungen noch in letzter Stunde zurückzogen.

Karlsruhe, 4. Dec. [Die Regierung und die Offenburger Kundgebung.] In Offenburg kamen mehrere Abgeordnete zusammen, u. A.: Lamey, Bluntschli. Es handelte sich hauptsächlich um Reorganisation der freisinnigen Partei Badens. Man geht von der Ansicht aus, zwar in der nationalen Politik das Ministerium kräftig zu unterstützen, dagegen in inneren Fragen auf freisinnigere Haltung der Regierung zu dringen. Das Militairbudget soll unter allen Umständen eine Verminderung erfahren. Im Uebrigen sollen mit aller Entschiedenheit liberale Grundsätze zur Geltung gebracht werden und zwar auf den Gebieten des allgemeinen Verfassungsrechts, der Gemeinde- und staatlich-kirchlichen Gesetzgebung. Die bezügliche Veröffentlichung der „Const. Ztg." sagt: „Keinesfalls dürfen unter dem Namen nationaler Bestrebungen preuß. Sondereinrichtungen und reactionäre Richtungen innerer Politik auf den badischen Staat übertragen werden, welche nur dazu angethan sind, den Fortschritt und die öffentlichen Zustände des Landes zu hemmen und hiedurch auch die lebendige Theilnahme des Volkes an der gemeinsamen Sache Deutschlands abzuschwächen." — Die neueste „Karlsruher Zeitung" meldet, daß das Ministerium über diesen Gegenstand dem Großherzog Bericht erstattet habe. Der Großherzog soll sich dahin ausgesprochen haben, daß die Regierung in den Fragen sowohl der inneren wie der nationalen Politik durchaus nach den bisherigen Grundsätzen fortgeführt werde. Der Ministerialrath Kiefer, welcher als Mittelsmann derjenigen unter den Versammelten aufgetreten war, welche die Politik des Ministeriums bekämpfen wollen, wurde als Geheimer Regierungsrath zur Verkehrs-Direction versetzt.

Oesterreich. Wien, 6. Dec. [Graf Beust. Die griechische Frage.] Ein Handschreiben des Kaisers an den Reichskanzler v. Beust erhebt denselben in den erblichen Grafenstand. — Die Morgenblätter melden übereinstimmend, daß die Schutzmächte Griechenlands übereingekommen sind, die Blokade Creta's effectiv zu machen. Hierdurch sollen die kriegsdrohenden Folgen des griechisch-türkischen Zerwürfnisses zurückgehalten werden. — Das „Tagblatt" sagt: Die im mittelländischen Meere stationirten Flotten Englands und Frankreichs hätten Befehl erhalten, zum Auslaufen in die griechischen Gewässer bereit zu sein, Vice-Admiral v. Tegetthoff bereite gleichfalls eine Zusammensetzung einer österreichischen Escadre vor. (N. T.)

Pest, 5 Dec. [Im Unterhause] überreichte der Ministerpräsident Graf Andrassy die sanctionirten Gesetze über Landwehr und Volksaufgebot. Das Has nahm dieselben unter stürmischem Beifall entgegen. (W. T.)

Prag, 4. Dec. [Hafereinkäufe.] Preußische und französische Agenten durchziehen Böhmen und effectuiren massenhafte Einkäufe von Hafer. So telegraphirt man der Wiener „N. fr. Pr."

Triest, 4. Dec. [Der Lloyddampfer „Trebizonde"] ist heute mit der ostind. Ueberlandpost aus Alexandrien eingetroffen. Die überbrachten Nachrichten sind aus Calcutta vom 9. und aus Bombay vom 15. November.

England. London, 6. Dec. [Das neue Ministerium.] Der „Observer" veröffentlicht die definitive Ministerliste. Lord-Kanzler: Sir William Page Wood, Präsident des geheimen Raths: Lord Kimberley, Lord-Siegelbewahrer: Earl John Russel, Kanzler der Schatzkammer: Lowe. Staatssecretäre, des Innern: Bruce, des Aeußern: Clarendon, der Colonien: Granville, des Krieges: Cardwell, für Indien: Argyll. Erster Lord der Admiralität: Childers, Kanzler des Herzogthums Lancaster: Villiers, Präsident des Handelsamts: Bright, Präsident des Armen-Gesetz-Collegiums: Göschen, Ober-Secretär von Irland: Chichester Fortescue, Generalpostmeister: Earl Grey, General-Anwalt: Sir Robert Collier, General-Fiscal: Coleridge. Zum Lord-Lieutenand für Irland ist Earl Spencer ernannt. (N. T.)

— 5. Decbr. [Der Kronprinz von Preußen] hat gestern die preußische Panzerfregatte „König Wilhelm" auf den Themsewerften inspicirt und sich sehr befriedigt darüber geäußert. Er beabsichtigt der Probefahrt derselben im Anfang Januar beizuwohnen. (N. T.)

Frankreich. Paris, 5. Dec. Eine Madrider Correspondenz des „Constitutionnel" meldet eine karlistische Bewegung in Arragon und Catalonien als unmittelbar bevorstehend. — Von den am 3. Dec. vorgenommenen Verhaftungen sind nur 16 aufrecht erhalten worden. (N. T)

— [Das Avenir in Auch] welches gestern (am 2. Dec.) mit schwarzem Rande erschien, ist mit Beschlag belegt worden. Man ist begierig, zu erfahren, auf welche Weise die Staatsbehörde ihre Anklage wegen dieses Randes formuliren wird.

Italien. Florenz, 4. Dec. Die Finanzcommission hat beschlossen, den Antrag zu stellen, die Regierung aufzufordern, eine Vorlage behufs Aufhebung des Zwangscourses noch im ersten Quartal des Jahres 1869 einzubringen. — Eine in der „Unita Italiana" erschienene Proclamation Mazzini's mahnt wiederholt entschieden von allen auf die Befreiung Roms gerichteten Versuchen ab, so lange dieselben nur das Werk einzelner Parteien sind; die Proklamation hebt hervor, daß die Befreiung Roms das Ziel eines von der ganzen Nation ausgehenden Unternehmens sein müsse. (W. T.)

Rom, 5. Dec. [Die päpstliche Regierung] läßt einen Brief Monti's, den derselbe vor seiner Hinrichtung geschrieben hat, veröffentlichen. Monti erklärt darin, daß er seit 1865 den Carbonaris angehört habe und beklagt sich über diejenigen, welche, nachdem er ihnen gedient, ihn verrathen und dem Henker überliefert hätten, um ihr eigenes Leben zu retten. Monti drückt in dem Briefe seine Reue aus und bittet dies der ganzen Welt durch die Journale zu verkünden, indem er den Segen des Papstes erfleht und ihm die Fürsorge für sein Kind empfiehlt. (W. T.)

Rußland. Petersburg, 6. Decbr. [Rechnungsabschluß pro 1867.] Der jetzt erfolgte Rechnungsabschluß für das J. 1867 ergiebt gegen den Voranschlag eine Vermehrung der Einnahmen um 15 Mill Rubel und eine Verminderung der Ausgaben um gleichfalls 15 Millionen Rubel. Die Regierung verfügt im Auslande, im Metallreservefonds und in laufender Rechnung über 78 Mill. Rubel.

Petersburg. [Verlobung.] Das bevorstehende Eintreffen des Königs von Bayern ist von sämmtlichen Zeitungen angekündigt worden. Es scheint also seine Verlobung mit der Tochter des Kaisers festzustehen.

Amerika. New-York, 5. Decbr. Die Prozeßverhandlung gegen Jefferson Davis schloß heute mit der Vertagung bis zum Zusammentritt des Obergerichtshofes in Richmond im Monat Mei nächsten Jahres. Die Bürgschaft muß erneuert werden. — Auf dem Ohiofluß hat ein Zusammenstoß zweier Dampfer stattgefunden. Der Dampfer „Amerika" ist untergegangen, 100 Personen sind ertrunken. — Das Steigen des Goldagio ist durch Gerüchte über den Tod Napoleons und über einen Aufstand in Paris verursacht.

Danzig, den 7. December.

* Wir haben gestern Mittag folgendes Telegramm erhalten: „Berlin, 6. Dec., Morg. Hier starker aus NW. nach SW. mit niedrigem, aber jetzt steigendem Barometer 332,20 einbrechender Sturm.

* [Die zweite Vorlesung], welche Bogumil Goltz am Sonnabend im Saale der Concordia hielt, war sehr zahlreich besucht. Heute findet die letzte Vorlesung statt. Goltz liest über: „Die Lebens-Mysterien und die Leute" (eine Menschenkenntniß en gros und en détail).

* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Culm unterbrochen, Warlubien-Graudenz per Kahn nur bei Tage, Czerwinsk-Marienwerder per Kahn bei Tag und Nacht.

≠ Elbing, 6. Decbr. [Unsere Maschinen-Industrie] gewinnt immer weitere Ausdehnung. Hr. F. Schichau hat so eben bei den städtischen Behörden den Antrag gestellt, ihm einen Theil der sog. städtischen Bahnhofshufe, die sich vom Bahnhof ab längs der Ostbahn hinzieht, zum Taxpreise licitationsfrei zu überlassen. Geht die Stadt, wie es im Interesse der Sache durchaus zu erwarten ist, auf diesen Antrag ein, so beabsichtigt Hr. Schichau dort eine neue große Maschinenbauanstalt zu errichten, in welcher besonders die vielen Aufträge auf Locomotiven ausgeführt werden sollen. Der weite und schwierige Transport dieser schweren Maschinen aus der jetzigen Anstalt nach dem Bahnhofe hat Hrn. Schichau hauptsächlich zu dieser Erweiterung seiner Unternehmungen bestimmt. Später würden dann die einzelnen Theile in den alten Etablissements gemacht, die Locomotive selbst aber in dem neuen fertig gestellt und sogleich auf dem Bahnkörper abgeliefert werden.

Memel, 6. Dec. [Ernennung.] Der Staatsanwaltsgehilfe v. Gramatzki ist zum Staatsanwalt hier ernannt worden.

Vermischtes.

Berlin. [Gewitter.] In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag hatten wir hier ein Gewitter.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. December. Aufgegeben 2 Uhr 16 Min.
Angekommen in Danzig 4 Uhr. 15 Min.

		Letzter Crs.			Letzter Crs.
Weizen, Nov. . .	61¼	61¼	3½% ostpr. Pfandb.	77⅛	77⅛
Roggen flau,			3½% westpr. do.	75	74⁶/₈
Regulirungspreis	fehlt	50⅛	4% do. do.	82⁶/₈	82⁴/₈
Dec.	48¾	50¼	Lombarden . . .	112⁶/₈	110⁶/₈
Frühjahr . . .	48⅝	49	Lomb. Prior.-Ob.	223⁴/₈	219⁴/₈
Rüböl, Dec. . .	9⅓	9⁷/₂₄	Oestr. Nation.-Anl.	54⁶/₈	54²/₈
Spiritus steigend,			Oestr. Banknoten	85⅜	85²/₈
Dec.	15⅞	15⁷/₁₂	Russ. Banknoten.	83⁴/₈	83⁴/₈
Frühjahr . . .	16⅜	16¹/₁₂	Amerikaner . . .	79⅞	79⁶/₈
5% Pr. Anleihe .	102⁶/₈	102⅝	Ital. Rente . . .	55⅞	55⁴/₈
4½% do.	94	94²/₈	Danz. Priv.-B. Act.	107	107 [illegible]
Staatsschuldsch. .	81⁴/₈	81⁴/₈	Wechselcours Lond.	—	6.23⅛

Fondsbörse: matt.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 7. December.

Weizen pr 5100℔ fl. 390—520.
Roggen pr 4910℔ 126—132℔ fl. 360—374.
Gerste pr 4320℔ große 107/8℔ fl. 330.
Erbsen pr 5400℔ weiße fl. 400—408.
Spiritus pr 8000% Tr. 14 Rt.

Wechsel- und Fondscourse. London 3 Mon. 6.23½ Br., Hamburg 2 Monat 150½ bez.

Frachten. London 3s pr 500℔ engl. Gew. Weizen pr Dampfer. Hull 2s 6d pr do. do. Rotterdam 24 fl. holl. pr 2400 Kilo pr Dampfer.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 7. December. [Bahnpreise.]

Weizen, weißer 131/132—134/135℔ nach Qualität von 85—86⅔/87½ Sgr, hochbunt und feinglasig 132/3—135/6℔ nach Qualität 84/85⅔—86⅔ Sgr, bunt, glasig und hellbunt 130/2—133/5℔ nach Qualität 75/77½—83½/85 Sgr, Sommer- und roth Winter- 132/3 — 137/39℔ nach Qualität 70/71—75/76⅔ Sgr pr 85℔.
Roggen 128—130—132℔ von 61—61⅔—62½ Sgr pr 81⅔℔.
Erbsen von 66⅔—67—67½ Sgr pr 90 ℔ nach Qualität.
Gerste, kleine 104/6 — 110/112 ℔ von 55—56/57 Sgr, große 110/12—117/18℔ von 56/57 — 58 Sgr pr 72℔.
Hafer von 37/38—39 Sgr pr 50℔.
Spiritus 14 Rt. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: Nebel und Regen bei ganz milder Luft. Wind: W.

Zwar sind am heutigen Weizenmarkte letzte Preise für die besseren Qualitäten bezahlt, doch nur weil die Zufuhr klein war; im Allgemeinen zeigte sich die Tendenz matt. Gekauft sind 100 Lasten. Bezahlt für blauspitzig 132℔ fl. 390, roth und rothbunt 130, 132, 134℔ fl. 450, bunt 133℔ fl. 475, 132, 134/5, 136/137℔ fl. 490, hellbunt 130/32℔ fl. 490, 492, hochbunt glasig 130, 132℔ fl. 500, 507, fein hochbunt 130, 132/3℔ fl. 510, 512, 515 pr 5100 ℔. — Roggen unverändert, 126/7℔ fl. 360, 362, 363, 128℔ fl. 365, 129℔ fl. 368, 130℔ fl. 367, 131/2℔ fl. 370, 132℔ fl. 374 pr 4910 ℔. Umsatz 50 Lasten. — Weiße Erbsen fl. 400, 402, 403, 405 pr 5400 ℔. — 117/8℔ große Gerste, gelb, fl. 330 pr 4320 ℔. — Spiritus 14 Rt.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

7	8	328.98	+ 5,1	W., flau, Regen, nebelig.
	12	327,00	+ 4,8	O., do. do. do.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 5192 der Danziger Zeitung.

Montag, den 7. December 1868.

Börsen-Depeschen.

Frankfurt a. M., 6. Decbr. [Effecten-Societät.] Preußische Kassenanweisungen 104¾, Berliner Wechsel 104¾, Hamburger Wechsel 87¾, Londoner Wechsel 119⅛, Pariser Wechsel 94⅛, Wiener Wechsel 99⅝, 5 % österr. Anleihe de 1859 62⅛, Nationalanleihe 52⅞, 5% steuerfreie Anleihe 51⅛, österr. Bank-Actien 686, Creditactien 244, Darmstädter Bankactien 268 Br., Lombarden 197, Oesterr.-franz. Staatsbahn 307, Bayrische Prämienanleihe 103⅛, Badische Prämienanleihe 100⅝ Br., 1860er Loose 77⅞, 1864er Loose 102.

Wien, 6. Decbr. [Privatverkehr.] Kreditactien 244,10, Staatsbahn 307,50, 1860er Loose 90,10, 1864er Loose 102,10, Bankactien 679,00, Ungarische Creditactien 94,50, Galizier 212,75, Lombarden 197,60, Anglo-Austrian 180,75, Napoleons 9,48. Beliebt.

Amsterdam, 6. Dec. [Effecten-Societät.] 5% Metalliques 47⅞, Nationalanleihe 50⅞, steuerfreie Anleihe 48¼, 1864er Loose 103, Amerikaner 79⅛. Günstig.

Liverpool, 5. Dec. (Von Springmann & Co.) [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. Middling Orleans 11⅝, middling Amerikanische 11¼, fair Dhollerah 8⅝, middling fair Dhollerah 8⅛, good middling Dhollerah 7⅞, fair Bengal 7⅛, new fair Oomra 8⅝, good fair Oomra 8⅞, Pernam 11¼, Smyrna 9⅛, Egyptische 11⅛. Ruhig.

— (Schlußbericht.) 8000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Preise irregulär. Middling Orleans 11¼, middling Amerikanische 11.

Paris, 5. Dec. Schluß-Course. 3% Rente 71,50—71,30—71,42½. Italien. 5% Rente 57,65. Oesterr. Staats-Eisenb.-Actien 650,00. Oesterreichische ältere Prioritäten —. Oesterreichische neuere Prioritäten —. Credit-Mobilier-Actien 295,00. Lombardische Eisenbahn-Actien 416,25. Lombardische Prioritäten 228,50. 6% Verein. St. pr 1882 (ungestempelt) 84⅞. Tabaksobligationen 427,00. Mobilier Espagnol 297,50. Günstiger, ruhiger. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92⅞ gemeldet.

Paris, 5. Dec. Rüböl pr December 77,50, pr Januar-April 77,50. Mehl pr December 62,00, pr Januar-April 61,00. Spiritus pr December 75,00.

Antwerpen, 5. Dec. Getreidemarkt. Weizen und Roggen flau. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 52½ à 53, pr December 53. Das Schiff „Webster", mit 2700 Faß Petroleum auf hier unterwegs, ist verloren.

Newyork, 5. Dec. [Schlußcourse.] (Pr atlantisches Kabel.) Gold-Agio höchster Cours 36⅞, niedrigster 35⅞, schloß 36⅛. Wechselcours a. London in Gold 109½, 6% Amerik. Anleihe pr 1882 111⅞, 6% Amerikanische Anleihe pr 1885 108⅞, 1865er Bonds 110⅞, 10/40er Bonds 106, Illinois 144⅞, Eriebahn 36⅞, Baumwolle, Middling Upland 24⅞, Petroleum, raffinirt 32⅞, Mais 1. 17, Mehl (extra state) 6. 45. — 7. 05. (N. T.)

Produktenmärkte.

London, 4. Decbr. (Kingsford & Lay.) Wir haben wiederum über einen flauen, schleppenden Handel in den Märkten des Königreiches zu berichten und, mit sehr wenigen Ausnahmen, gaben Preise für Weizen aller Sorten in England ungefähr 1s pr Qtr. nach, doch der Rückgang in den schottischen Märkten wurde 2s pr Qtr. quotirt bei reichlichen Zufuhren von fremdem in Leith. — Alle anderen Getreidegattungen hatten gleichfalls weichende Tendenz, Preise waren ungefähr 6d bis 1s pr Qtr. niedriger. — Mehl bleibt vernachlässigt und die Reduction von 1s pr Sack, in die Inhaber sich fügten, verfehlte einen lebhaften Handel herzustellen. — Die Zufuhren an der Küste bestanden seit letztem Freitag aus 34 Ladungen, darunter 14 Weizen, von welchen mit den von letzter Woche übrig gebliebenen, 38 Ladungen (15 Weizen) gestern Abends zum Verkaufe waren. Ein Theil der an der Küste angekommenen Ladungen, für den wenige oder in einzelnen Fällen gar keine Liegetage zum Löschen übrig geblieben waren im Verein mit der decouragirenden Stimmung im Weizenhandel im Allgemeinen, veranlaßte Importeurs in ihren Transactionen gefügiger zu sein, so daß einschließlich einiger Ladungen, die nur halb verkauft und halb consignirt wurden, ein ziemliches Geschät während der Woche zu einem Rückgange von 1s pr Qtr. gemacht wurde, für Mais wurden letzte Preise gefordert, doch Verkäufe konnten nur zu 1s pr Qtr. niedrigeren Raten gemacht werden, Gerste war billiger, Roggen für den Continent in stetem Begehr. In schwimmenden Ladungen und für spätere Verschiffung wurden keine Transactionen bekannt und Preise können als unverändert angesehen werden. — Die Zufuhren von englischem und fremdem Getreide waren in dieser Woche mäßig. — Der Besuch zum heutigen Markt war klein, englischer war langsam zu Montagspreisen verkäuflich, für fremden war der Begehr sehr limitirt und die wenigen Verkäufe die gemacht wurden, waren zu den ungefähren Notirungen jenes Tages. — Gerste, Bohnen und Erbsen waren im Werthe unverändert. — Hafer war 6d pr Qtr. billiger. — Die Assecuranzprämie von den Ostseehäfen nach London ist für Dampfer 50s, für Segelschiffe 80s %.

Wolle.

Berlin, 4. Dec. Wiederum ist ein bedeutendes Quantum während der letzten Woche aus dem Markt genommen und neigte sich auch dieses Mal die Frage mehr den Tuchwollen zu. Zuerst kaufte der schon erwähnte Belgier noch ca. 1000 Centner preuß. Einschuren à 52—55 Rt. mit Lockenbedingung, sowie ca. 500 Ctnr. feine Herzogthümer über Mitte der 50er. Das an inländische Tuchmacher abgesetzte Quantum dürfte auf 1500 Ctnr. gute Mittelwollen zu den bisherigen Preisen zu schätzen sein. Für England wurden auch ca. 100 Ctnr. ff. Herzogthümer abgeschlossen. Von Kammwollen kauften mehrere Sachsen ca. 1200 Ctnr. Pommern Anfangs der 50er und feine Preußen bis Mitte der 50er.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 4. December. (B.- u. H.-Z.) [M. Löwenberg.] Schottisches Roheisen vom Lager gute und beste Marken 44—46 Sgr., englisches 38—40 Sgr.; schlesisches Holzkohlen-Roheisen 45 bis 44½ Sgr., Coakseisen 44—43 Sgr. loco Hütte. Eisenbahnschienen zum Verwalzen sind zu 52—53 Sgr. hier käuflich. Stabeisen, gewalztes 3⅓—3½ Rt., geschmiedetes 4—4½ Rt. ab Werk. — Kupfer: gute Sorten englisches und amerikanisches Kupfer 25 bis 26 Rt. — Bancazinn 35½—36 Rt., Lammzinn beste Qualität 35—35½, im Einzelnen theurer. — Zink, Marke W.-H. hier, bei größeren Partien 6 11/12—7 Rt., untergeordnete Sorten ⅙—⅙ Rt. weniger. — Blei: Tarnowitzer 6⅚ Rt., Goslarer 6⅚ Rt., sächsisches 6 5/12 Rt. und spanisches 6¾—7 Rt. bei größeren Posten. — Kohlen und Coaks, Nußkohlen nach Qualität 16—19 Rt., Stückkohlen 17 bis 22 Rt., Coaks 16½—18½ Rt. pr Last, westphälischer Coaks 16—17 Sgr. pr Ctr. frei hier.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 5. December 1868. Wind: WSW.

Angekommen: Felter, Packet, Stettin, Oelkuchen. — Cordener, Melina, Amsterdam; Dreissen, Magdalena, Bremen; Wichmann, Christine Mathilde, Antwerpen; sämmtlich mit Güter. — Janssen, Johanna, Copenhagen, Ballast. — Rosenberg, Richard, Swinemünde, Kalksteine.

Gesegelt: Martin, Dagmar, Hull; Watkens, New Blessing, Grangemouth; beide mit Getreide.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Fondsbörse.

Berlin, 5. Dec.

Berlin-Anh. E.-A.	198 bz	Staats-Pr.-Anl. 1855	118¾ bz
Berlin-Hamburg	170⅛ bz	Ostpreuss. Pfdbr.	— —
Berlin-Potsd.-Magd.	199¼ bz	Berliner Pfdbr.	92 B
Berlin-Stettin	130⅛ B	Pommersche 3½ % do.	75½ bz
Cöln-Mindener	125 bz	Posen. do. neue 4%	84¾ B
Oberschl. Litt. A. u. C.	193 bz	Westpr. do. 3½ %	74¾ bz
do. Litt. B.	— —	do. do. 4%	82½ bz
Ostpr. Südbahn S.-P.	71¼ B	do. neue 4½ %	89⅛ bz
Oesterr. Nat.-Anl.	54¼-54½ bz	Pomm. Rentenbr.	90¾ bz
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	66⅞ B	Posensche do.	87⅞ B
Cert. Litt. A. 300 fl.	92¼ G	Preuss. do.	89 bz
Part.-Obl. 500 fl.	97⅞ bz	Pr. Bank-Anth.-S.	152½ bz
Freiw. Anleihe	97 bz	Danziger Privatbank	107 B
5% Staatsanl. v. 59	102⅝ bz	Königsberger do.	112 G
St.-Anl. v. 1854, 55	94¼ bz	Magdeburger do.	88¼ G
Staatsanl. 56	94¼ bz	Posener do.	101½ B
Staatsanl. 53	87¾ bz	Disc.-Comm.-Anth.	122½ bz G
Staatsschuldscheine	81½ bz	Amerik. rückz. 1882	79⅞ bz

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	142⅛ bz	Wien öst. Währ. 8 T.	84¼ bz
do. do. 2 Mon.	142⅛ bz	do. do. 2 Mon.	84¼ bz
Hamburg kurz	150⅞ bz	Frankfurt a. M. südd.	
do. do. 2 Mon.	150¼ bz	Währ. 2 Mon	56 26 G
London 3 Mon.	6 23½ bz	Petersburg 3 W.	91⅞ bz
Paris 2 Mon.	80 11/12 bz	Warschau 8 Tage	83⅛ bz

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.